

Alles für die Partei

Sechzigtausend Mark hat der SCDF-Vorsitzende und Ministerialrat a. D. Rainer Barzel während seiner ersten Legislatur als Bundestagsabgeordneter in den Jahren 1959 bis 1961 von den Henschel-Werken in Kassel erhalten, für die Vertretung ihrer Interessen, ließ die Firma mitteilen, im Interesse der CDU, sagte Barzels Sprecher und Intimus Dr. Eduard Ackermann: „Keinen Pfennig hat Barzel persönlich bekommen. Meines Wissens ist das Geld der Partei zugeflossen.“ Das ist ja nun ein interessanter Widerspruch. Barzel selbst mag ihn nicht aufklären, er hat das als Kanzler-Präsident schon nicht mehr nötig.

Wie vereinbart man das, als ordentliches Mitglied im Wirtschaftsausschuß und als stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für Verteidigung, von einer an Rüstungsaufträgen interessierten Firma für persönliche Dienste ein persönliches Honorar zu erhalten, das dann aber nicht der Person, sondern der CDU zugute kommt? Ackermanns Darstellung drängt den Schluß auf, daß Dr. Barzel das Geld nicht versteuert hat. Demnach müßte es in der CDU-Kasse eingetroffen sein: ein äußerst ungewöhnlicher, ein nahezu unglaublicher Vorgang. DM 10 000 hat er für ein Gutachten erhalten, das bis heute nicht erstellt wurde. Auch sie in der CDU-Kasse? Höchst seltsam, höchst merkwürdig. Geht man fehl in der Annahme, daß es keinen Buchungsbeleg in der Partei-Kasse gibt, und keinen Schatzmeister, der beides könnte, das Geld empfangen zu haben? Und keine Steuererklärung, in der die Summe auftaucht?

Es geht hier nicht um Bestechung. Ein Abgeordneter kann nicht bestochen werden. Ihm ist erlaubt, Interessen für eine Rüstungsfirma wahrzunehmen, auch wenn er kein Rechtsanwalt, auch wenn er stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Verteidigung und ordentliches Mitglied im Wirtschaftsausschuß des Bundestages ist; er kann aber auch Geld nehmen und nichts dafür tun.

Abgeordnete verdienen, gemessen an den Verdienern der ungebundenen Wirtschaft, nicht viel. Gute ein- bis einhalbtausend Mark monatlicher Aufbesserung über drei Jahre, noch dazu steuerfrei, wären dem Ministerialrat a. D. trotz seiner Abgeordneten-diäten durchaus zu gönnen. Nur, wie teuer kommen solche Usancen den Staat und die Bürger zu stehen?

Westdeutschlands Firmen haben ein bemerkenswertes Geschick entfaltet, sich junge Abgeordnete der CDU und namentlich der CSU durch politische Bewegungsgelder bei Laune zu halten. Die ständige Rechtsprechung deutscher Zivilgerichte begünstigt solche Muschelen.

Aber ein Abgeordneter kann ja nicht Geld, das ihm als Lobbyisten zugeflossen ist, nachträglich als Parteigeld deklarieren. Das ihm gegebene Lobbyisten-Geld unterläge auch dann der Einkommensteuer-Veranlagung, wenn er es an die Partei weitergäbe oder für ihre Zwecke verbrauchte; es sei denn, die Firma buchte das Geld um und ließe es als Parteispende laufen; dann könnte sie es freilich nicht, wie das Lobbyisten-Honorar, als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen.

Es stimmt tief skeptisch, daß die Steuerbehörden, die im Jahre 1964 von den 60 000 Barzel-Mark Kenntnis erhielten, in den zurückliegenden sieben Jahren weder Barzel zur Zahlung von Einkommensteuer noch Henschel-Kassel zu einer steuerlichen Nachzahlung herangezogen haben. Wie würde denn ein freier Schriftsteller behandelt, der 60 000 Mark Rundfunkhonorar eingestrichen und nicht versteuert hätte? Für die Spitzen der CDU/CSU gelten offenbar andere Gesetze als für die Steuerzahler.

Die Parteien haben ihr finanzielles Gebaren sorgfältig abgeschirmt. Sie bewegen sich, überprüft nur von einem vereidigten Wirtschaftsprüfer ihrer eigenen Wahl, in einem nahezu exterritorialen Raum. Verstöße werden weder ermittelt noch geahndet. Hat eine Partei die finanziellen Ausgaben eines ihrer Abgeordneten nachträglich als von ihr veranlaßt anerkannt, so trauen sich die Steuerbehörden in der Regel nicht, selbst bei der Partei nachzufassen und den Sachverhalt aufzuklären.

Meist genügt die einfache Stellungnahme des Abgeordneten, die der entgegenstehenden Erklärung der Firma nicht weiter konfrontiert wird; ganz hohe Politiker werden erst gar nicht befragt, wie hier.

Die bösen Folgen solcher Unsauberkeiten für das Ansehen demokratischer Politik liegen seit zwanzig Jahren auf der Hand. Aber den Preis der Sauberkeit wollen die Parteien nicht zahlen, wollen ihre Kassen vor den Augen staatlicher Prüfer verschlossen halten. Dafür nehmen sie die legalisierte Korruption in Kauf.

Chinesische Mauer

Da der CDU/CSU allmählich die Argumente gegen die Ostverträge ausgehen, versucht sie nun, Moskaus Gegnerschaft zur EWG als entscheidenden Einwand hochzuspielen.

Rainer Barzel will den Vertrag mit Moskau auf dem Umweg über Brüssel bekämpfen.

Der glücklose CDU-Chef hat sich einen Gegenzug ausgedacht, der seine Ablehnung der Ostverträge glaubhafter machen soll. Ihm ist klargeworden, daß die Opposition mit ihrem Vorwurf, die Verträge zementierten die Teilung Deutschlands, beim Wählervolk nur noch wenig Resonanz findet.

Während Außenminister Andrej Gromyko dem Kreml-Pilger am vergangenen Montag auf Fragen nach Moskaus Haltung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgewichen war, fand Barzel bei Ministerpräsident Alexej Kossygin endlich das gesuchte Alibi. Der Oppositionsführer glaubt nun, das längst beschlossene Nein gegen den Moskauer Vertrag vor allem mit der sowjetischen Gegnerschaft zur Brüsseler Gemeinschaft begründen zu können.

Den Kanzlerkandidaten ficht auch nicht an, daß deutsch-sowjetisches Abkommen und Moskaus Aversion gegen die EWG nichts miteinander zu tun haben.

Noch am Abend seiner Rückkehr aus der Sowjet-Union ließ Barzel den außenpolitischen Experten seiner Fraktion, Richard von Weizsäcker, im Fernsehen verkünden, Kossygin sehe im Ausbau der EWG einen „feindlichen Akt“ gegen die Interessen Moskaus.

Tatsächlich war der Moskauer Premier seinem Bonner Gast weit feindseliger entgegengetreten als der geschulte Diplomat Gromyko. Als Barzel die friedfertigen Absichten der Opposition darlegte, hielt ihm Kossygin vor, die Bundesrepublik finanziere nicht nur die eigene Armee, sondern auch die amerikanische Rüstung und sogar die „Kriegspolitik“ der USA im Fernen Osten.

Barzel glaubte sich verhöhnt zu haben: Es handele sich wohl um ein Mißverständnis. Der Herr Ministerpräsident habe sicherlich nicht sagen wollen, daß Bonn die militärischen Ausgaben anderer Staaten in Asien mitfinanziere. Kossygin beharrte: Seine Bemerkung sei schon richtig verstanden worden.

Nachdem Barzel seine Kritik am deutsch-sowjetischen Vertrag vorgetragen hatte, ließ der Sowjet-Mensch ein gewisses Verständnis für die Nöte der Union erkennen, sich parteipolitisch zu profilieren. Doch dann drohte der Premier: Sollte die Ratifizierung an der uneinsichtigen Haltung der Opposition